

Motion zu Fluglärm abgeblitzt

MEIRINGEN Der Regierungsrat lehnt die Motion der SP-Grossrätin Nadine Masshardt ab. Diese forderte, mit einer Standesinitiative für weniger Fluglärm durch den Flugplatz Meiringen zu sorgen.

Die Grossrätin Nadine Masshardt (SP) forderte in einer Motion vom Regierungsrat bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative einzureichen. Deren Inhalt soll lauten: «Die Anzahl Kampfjetflugbewegungen auf dem Flugplatz Meiringen ist auf 2500 pro Jahr zu senken. Die Verlagerung auf andere Militärflugplätze ist auszuschliessen.» Weiter solle die Sommerpause auf dem Militärflugplatz vier Monate dauern.

Die Grossrätin begründete ihre Motion mit «Lärm macht krank». Die Regionen rund um Militärflugplätze wie jenen in Meiringen seien einer sehr hohen Lärmbelastung durch Kampfjets ausgesetzt. Das beeinträchtigt die Wohn- und Lebensqualität sowie die touristische Attraktivität der betroffenen Regionen und damit auch die Wirtschaftskraft.

«Bedeutender Arbeitgeber»

Nun hat der Regierungsrat die Motion beantwortet. Er hält fest, er sei sich der Problematik rund um den Militärflugplatz bewusst. Einerseits erfülle der Flugplatz eine wichtige öffentliche Aufgabe. Er sei zudem ein bedeutender Arbeitgeber, der rund 200 Arbeits- und 25 Ausbildungsplätze in einer mehrheitlich strukturschwachen Region anbiete. «Andererseits stellt der Flugbetrieb für die betroffene Bevölkerung in einer mehrheitlich strukturschwachen Region ein wichtiges Standbein der regionalen Wirtschaft eine bedeutende Belastung dar», fügt der Regierungsrat hinzu.

Der Betrieb des Flugplatzes sorge in der Region regelmässig für starke Emotionen «und genießt bei der Bevölkerung nicht die vollumfängliche Unterstützung».

Die Forderungen des Kantons

Der Regierungsrat verweist weiter auf seine Stellungnahme aus dem Jahr 1997 zum Entwurf des Sachplans Militär: «Damals wie heute standen insbesondere die Forderung nach einer Reduktion der Flugbewegungen, eine längere Sommerpause zugunsten des Tourismus sowie weitere Massnahmen zur Lärmreduktion im Raum.»

Das VBS habe für den Militärflugplatz Meiringen verschiedene Massnahmen umgesetzt. So seien die Jetflugbewegungen auf jährlich 5000 reduziert worden. Der Regierungsrat erklärt, eine weitere Reduktion hätte zur Folge, dass die Luftwaffe ihren Auftrag nicht mehr erfüllen könnte. Im Rahmen seiner Stellungnahme zum «Objektblatt Militärflugplatz Meiringen» des Sachplans Militär habe er im Namen des Kantons Bern diverse Forderungen gestellt, schreibt der Regierungsrat (wir haben berichtet). So solle die flugfreie Zeit im Jetbetrieb auf mindestens vier Monate im Jahr festgelegt werden. Der Regierungsrat will weiter eine Beschränkung auf maximal 4000 Jetflugbewegungen im Jahr und Kompensationsmassnahmen zugunsten der betroffenen Bevölkerung prüfen.

Die Anliegen der Motion würden sich abgesehen von der Zahl der Flugbewegungen mit der Eingabe des Regierungsrats decken. Deshalb lehne er dieses Anliegen ab. *pd/sum*

WC-Anlage bei der Ländte wird noch nicht gebaut



Die Ländte Spiez mit dem neuen Personenleitsystem – noch fehlt die öffentliche WC-Anlage.

Guido Lauper

SPIEZ Mit dem verdichteten Fahrplan auf den Oberländer Seen hat die BLS die Ländte Spiez den erhöhten Anforderungen des Taktfahrplanes angepasst. Vorläufig warten muss aber die geplante WC-Anlage.

«Mit der Einführung eines Taktfahrplans für die Schiffe sind ab sofort die Anschlüsse in Thun, Interlaken und Brienz an Bahn, Bergbahnen und Bus optimal gewährt. Dies gilt auch für die IC-Züge aus dem Wallis mit Anschluss an die Schiffe in Thun.» Über diese Verbesserungen gegenüber dem Fahrplan 2011 hat sich Hans Meiner, Leiter der Schifffahrt Berner Oberland, an der Präsentation der Saison 2012 gefreut. Mit dem Taktfahrplan kreuzen sich die Schiffe zwischen Spiez und Faulensee. Sie legen also jeweils kurz nacheinander an der Ländte Spiez an. So werden auch die Anschlüsse von und zum Bahnhof Spiez gewährleistet.

«Die kurz hintereinander anliegenden Schiffe – Richtung Inter-

laken zur Minute 28 und Richtung Thun zur Minute 34 – erfordern einen staufreien und raschen Wechsel der Passagiere», erklärt Meiner. Das wird umso wichtiger, wenn die Blümlisalp und weitere Schiffe als Entlastungskurse unterwegs sein werden. Deswegen wurden provisorische Personenleitsysteme inklusive Lautsprechern in Spiez montiert, die vor allem bei Grossandrang an Wochenenden und in den Sommerferien getestet und bei Bedarf angepasst werden. Damit werden die Reisenden richtungstrennt zu den Schiffen und an Land geführt. «So vermeiden wir Verspätungen im Fahrplan», ist Hans Meiner überzeugt. Dabei kann er aus langjähriger Erfahrung als Direktor der

Schiffsbetriebe Vierwaldstättersee schöpfen.

Vertrackte WC-Geschichte

Kunden und Passanten, die nach einem WC auf der Ländte Ausschau halten, werden auf die öffentliche Toilette 360 Meter entfernt beim Spielplatz in der Bucht verwiesen, obwohl eine entsprechende Anlage auf dieses Frühjahr geplant war (wir berichteten). Meiner verweist auf ein laufendes Verfahren, zu welchem er sich nicht äussern möchte, ausser dass noch juristische Fragen gelöst und Einsprachen behandelt werden müssen. Er hofft, die Toiletten gemeinsam mit der Gemeinde Spiez im kommenden Winter bauen zu können.

Anfänglich schien dem Baugesuch der BLS nichts im Weg zu stehen. Nach erfolgter materieller Prüfung stellte das Regierungsstatthalteramt jedoch fest, dass aufgrund der Zonenvor-

schriften eine Baubewilligung nicht in Aussicht gestellt werden kann. «Kurz darauf wurde die BLS mit Kopie an die Gemeinde informiert, dass die Baubewilligung nicht erteilt werden kann», sagt der Spiezer Bauverwalter Martin Wells. Gemeindepräsident Franz Arnold ergänzt: «Nun liegt es an der BLS als Bauherrin vorzuschlagen, wie es weitergehen soll.»

Vorschriften blockieren

Dasselbe sagt auch Regierungsstatthalter Christian Rubin und begründet die Bauverzögerung mit dem örtlichen Zonenplan und den entsprechenden Vorschriften, die dem Baugesuch entgegenstehen. Wirt Rolf Baumer, dessen Restaurant Welle durch die fehlende öffentliche WC-Anlage am meisten betroffen ist, verzichtet derzeit auf eine weitere Stellungnahme zum drängenden Thema.

Guido Lauper

Regierungsrat will Entscheid abwarten

BRIENZERSEE Der Regierungsrat soll abklären lassen, warum im Brienzensee immer kleinere Fische schwimmen. Der Rat will jedoch entsprechende Studien des Bundes abwarten.

«Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gründe der Sterilität der Fische in den Gewässern, insbesondere im Brienzensee, zu untersuchen und Massnahmen aufzuzeigen, wie dieser Entwicklung entgegenwirkt werden kann.» Dies fordert eine Motion, welche Markus Meyer (SP), Daphné Rüfenacht, Christine Häsler (beide Grüne), Peter Flück (FDP), Mathias Kohler (BDP) und Hans Schmid (SVP) unterzeichnet haben. Zudem soll der Regierungsrat gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Bundes versuchsweise Massnahmen zur Reduktion der Phosphatfällung und deren Folgen im Brienzensee ergreifen. Es soll verhindert werden, dass die Felchenarten im Brienzensee viel langsamer wachsen als einst (wir haben berichtet) und Fischer deutlich weniger Einkommen haben.

Der Regierungsrat erklärt in seiner Antwort: «Insbesondere

aufgrund von grossen Investitionen in die Abwasserinfrastruktur und durch das Phosphatverbot in Waschmitteln hat sich die Wasserqualität der Schweizer Seen in den letzten Jahrzehnten verbessert.» Das wirke sich aber tatsächlich auf die Fische aus.

Bund soll auch zahlen

Im Auftrag des Fischereinspektors und des Gewässer- und Bodenschutzlabors des Kantons Bern sei eine Analyse des Brienzsees erstellt worden, welche die Entwicklungen seit 1999 festhält. Die bisherigen Abklärungen

hätten aber «erst einen groben Einblick» gegeben. Eine entsprechende Forschung sei schwieriger als die Untersuchungen im Thunersee, «weil bei der Beschaffung des Untersuchungsmaterials nicht in vergleichbarer Art und Weise auf die Unterstützung durch die Berufsfischerei gezählt werden könnten». Der Regierungsrat vertritt deshalb die Auffassung, dass über die Durchführbarkeit eines solchen Untersuchungsprogramms erst nach vertieften Abklärungen entschieden werden kann. Da eine solche Studie Modellcharakter hätte,

wäre für den Regierungsrat aufgrund der Finanzlage eine weitere Bedingung, dass sich der Bund an den Kosten einer solchen Untersuchung beteiligen würde.

Entscheid auf Bundesebene

Versuchsweise Massnahmen zur Reduktion der Phosphatfällung im Brienzensee könnten nur im Einverständnis mit dem Bund ergriffen werden, da dieser für die gewässerschutzrechtlichen Vorgaben verantwortlich ist. Der Regierungsrat verweist auf zwei gleich lautende Motionen auf Bundesebene, die den Bundesrat beauftragen wollen, im Sinne eines Pilotversuchs einen teilweisen oder vollständigen Verzicht auf die Phosphatfällung in den Abwasserreinigungsanlagen am Brienzensee zu ermöglichen. Die Behandlung der Vorstösse in den eidgenössischen Räten steht noch aus. Erst wenn diesbezüglich die Haltung des Bundes feststehe, könnten die Rahmenbedingungen für die geforderten versuchsweisen Massnahmen näher geprüft werden.

Der Regierungsrat beantragt deshalb, die Motion der Grossräte als Postulat, also als Vorstoss, anzunehmen. *pd/sum*



Den Felchen im Brienzensee soll es dank einer Motion besser gehen.

zvq

Tunnelbau: Frühestens im Jahr 2023

BRÜNING In einer Motion verlangt der Weissenburger Grossrat Thomas Knutti (SVP) den Bau eines Tunnels durch den Brünig und weist auf die Gefahren auf der Passstrasse hin. Der Regierungsrat sieht in diesem Projekt keine Priorität.

Unter dem Titel «Brünigtunnel, ein wertvoller Tunnel für den Berner Oberland!» hat Grossrat Thomas Knutti (SVP, Weissenburg) zuhanden des Regierungsrates eine Motion eingereicht. Er argumentiert, die Verkehrssituation sei für die Bewohner und die Verkehrsteilnehmer auf der Brünigpassstrasse gefährlich. Um die Gefahr und die Verkehrssituation zu verbessern, müsse der Regierungsrat dringend prüfen, ob eine finanzielle Beteiligung von 13 Prozent an die Gesamtkosten für den Kanton tragbar wäre.

Das Verkehrsaufkommen auf der Brünigpassstrasse hat gemäss dem Bundesamt für Strassen (Astra), so Knutti, in den letzten Jahren stark zugenommen. «An verkehrsreichen Tagen fahren heute täglich rund 8000 Fahrzeuge über den Pass. Das Verkehrsaufkommen hat sich in den letzten Jahren somit verdoppelt», schreibt der Grossrat. An Spitzentagen würden mehr als 12 000 Fahrzeuge gezählt.

Vorteile für die Wirtschaft?

Die Tourismusregionen und die KMU-Betriebe des Kantons Bern könnten von einem Tunnelbau profitieren. Ebenso könnte damit der Abwanderung aus den Randregionen entgegengewirkt werden. «Das hohe Verkehrsaufkommen in der Region Bern kann durch eine Tunnelverbindung entlastet werden», schreibt Thomas Knutti. Der Regierungsrat solle beim Bund die nötigen Abklärungen vornehmen. Der Motionär wollte vom Regierungsrat auch wissen, ob ein Tunnel am Brünigpass finanziell tragbar wäre. Auch fragte er, ob dadurch für die Wirtschaft und den Tourismus im Oberland ein Standortvorteil entstehe. Weiter wollte er wissen, ob der Verkehr in der Region Bern durch den Bau entlastet und wann mit dem Bau begonnen werden könnte.

Bau des Tunnels «ungewiss»

Der Brünigtunnel sei im Bauprogramm des Bundes für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes enthalten, jedoch als nicht prioritäres Vorhaben der Kategorie «Ungewisse Projekte» zugeordnet, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort an Thomas Knutti. An Nationalstrassenprojekte, die der Netzvollendung dienen, bezahle der Kanton üblicherweise einen Anteil von 13 Prozent. Um Klarheit über die Zweckmässigkeit und die Machbarkeit eines Brünigtunnels zu erhalten, hätten die Kantone Bern und Obwalden Anfang 2011 beim Bund die Erstellung einer Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) für den Nationalstrassenabschnitt A8 Brienzwiler-Ost-Kantonsgrenze-Lungern-Süd beantragt. Die ZMB werde unter der Federführung des Astra erarbeitet und durch das Bundesamt finanziert. Es gelte nun, die Ergebnisse abzuwarten, die zeigen werden, ob ein Brünigtunnel zweckmässig und machbar ist.

«Ein Beginn der Hauptarbeiten ist frühestens im Jahr 2023 vorgesehen», steht weiter in der Antwort des Regierungsrates, der seine Antwort nun an den Grossen Rat überwiesen hat. *pd*